

Goodbye, Lenin!

Die Ukraine schadet sich selber mit ihren nationalistisch motivierten «Dekommunisierungsgesetzen»

Nachdem die Ukraine auch nach der Auflösung der UdSSR 1991 im Einflussbereich Russlands verharret war, will sich die junge Maidan-Generation endgültig abnabeln. Dabei verfolgt sie dieses legitime Ziel mit einer fragwürdigen Geschichtspolitik.

ULRICH M. SCHMID

Eine der Folgen des undeklarierten Kriegs, den Russland mit Hilfe prorussischer Aktivisten seit Frühling 2014 im Donbass gegen die Ukraine führt, ist eine patriotische Welle, die fast die gesamte ukrainische Gesellschaft erfasst hat. Es gibt im Land kaum ein Brückengelände, das nicht gelb-blau gestrichen ist, auf zahlreichen Plakatwänden wird die Armee gelobt, viele Autos fahren mit kleinen Nationalflaggen herum. Zu den weniger erfreulichen Nebeneffekten des neuen Patriotismus gehört das Erstarken einer nationalistischen Geschichtspolitik, die das 20. Jahrhundert im Wesentlichen als sowjetische Okkupation des Landes begreift. Die Ukraine will sich durch diese Deutung radikal von Putins Russland abgrenzen.

Doppeltes Opfer

Was auf den ersten Blick als akademischer Streit um die Konzeptualisierung der ukrainischen Geschichte anmutet, hat einschneidende Konsequenzen für die Zivilgesellschaft. Am 15. Mai 2015 unterzeichnete Präsident Poroschenko ein Paket von vier sogenannten «Dekommunisierungsgesetzen», die im Parlament von allen führenden Parteien unterstützt worden waren. Das erste Gesetz über «den Rechtsstatus und die Ehrung des Andenkens an die ukrainischen Freiheitskämpfer im 20. Jahrhundert» besteht aus einer abschliessenden Liste von Organisationen, die sich um die ukrainische Unabhängigkeit verdient gemacht haben. Die Wahrung ihres Andenkens ist eine Staatsaufgabe. Unter Strafe gestellt wird eine «herabsetzende Einstellung» zu den Freiheitskämpfern. Ebenfalls verboten ist die öffentliche Anzweiflung der Legitimität des ukrainischen Kampfs um die Unabhängigkeit.

Das zweite Gesetz regelt die «Verewigung des Sieges über den Nazismus im Zweiten Weltkrieg». Die Ukraine wird hier als doppeltes Opfer der nationalsozialistischen und sowjetischen Aggression dargestellt. Das «ehrende Gedenken» an die Veteranen des Kriegs, an die ukrainischen Befreiungskämpfer und an die Opfer ist nun eine «heilige Pflicht» des Staats und der ukrainischen Bürger. Wer sich nicht an diese Grundsätze hält, wird bestraft. Das dritte Gesetz öffnet den Zugang zu den Archiven der «repressiven Organe des kommunistischen totalitären Regimes 1917 bis 1991». Jeder Bürger soll das uneingeschränkte Recht auf Akteneinsicht der Geheimdienste erhalten. Das vierte Gesetz schliesslich verurteilt die «kommunistischen und nationalsozialistischen totalitären Regime» und verbietet «die Propaganda ihrer Symbolik». Damit wird die Abbildung nicht nur des Hakenkreuzes, sondern auch des Sowjetwappens mit Hammer und Sichel unter Strafe gestellt. Alle Orts- und Strassenamen, die an die kommunistische Ideologie erinnern, müssen geändert werden.

Alle vier Gesetze sind hochproblematisch und werfen mehr Fragen auf, als sie zu lösen vorgeben. Ihnen liegt ein antiquiertes Geschichtsverständnis zugrunde, das von einer «objektiven» historischen Wahrheit ausgeht. Ausserdem setzen sie den Sowjetkommunismus und den Nationalsozialismus im Konzept des Totalitarismus gleich und fallen damit auf den Stand der Geschichtswissenschaft der fünfziger Jahre zurück. In der Ukraine fehlt eine Grundsatzdiskussion, ob der Staat sich überhaupt in die historische Forschung einmischen soll. Dagegen sprechen mindestens zwei Gründe: Erstens beruht das Geschichtsbild der Parlamentarier in der Regel nicht auf Fachkompetenz, sondern auf ihrer Parteiideologie. Zweitens ist die Geschichtswissenschaft eine dynamische Disziplin, deren Erkenntnisse sich ständig der aktuellen Quellenlage anpassen. Das Festschreiben einer bestimmten Geschichtsinterpretation und die Kriminalisierung alternativer Narrative widersprechen der akademischen Freiheit, in der nicht eine «heilige Pflicht», sondern prinzipielle Skepsis das Leitprinzip der Forschung darstellen sollte.

Das erste Gesetz masst sich an, per Dekret alle Vorkämpfer für die ukrainische Unabhängigkeit zu benennen. Besonders auffällig ist die Tatsache, dass auch die «Organisation der ukrainischen Nationalisten» (OUN) und die «Ukrainische Aufstandsarmee» (UPA) auf der Liste der zu ehrenden Freiheitskämpfer figurieren. Natürlich hatte sich die UPA besonders im Kampf für die Unabhängigkeit ausgezeichnet, ihre Partisanenaktionen gegen das Sowjetregime dauerten bis in die fünfziger Jahre an. Gleichzeitig muss auch die Frage gestellt werden, ob tatsächlich alle Mittel zur Erlangung der politischen Unabhängigkeit erlaubt waren. Die UPA hatte im Zweiten Weltkrieg teilweise mit den Nazis kollaboriert, sich am Holocaust mitschuldig gemacht und ein Massaker an der polnischen Zivilbevölkerung in Wolhynien verübt.

Schwierige Gratwanderung

Das zweite Gesetz unternimmt eine schwierige Gratwanderung zwischen dem sowjetisch geprägten Erinnerungskult an den Sieg über Hitlerdeutschland und einem neuen Opferdiskurs, der die Ukraine als sowjetisches Besatzungsgebiet versteht. Damit spaltet das Gesetz die Sowjetvergangenheit in einen guten und einen bösen Teil auf: Der sowjetische Sieg im Zweiten Weltkrieg darf weiter gefeiert werden, gleichzeitig ist die Ukraine aber auch ein Opfer sowjetischer Aggression. Premierminister Arseni Jazenjuk hatte in diesem Sinne in einem ARD-Fernsehinterview zu Beginn des Jahres von einem «sowjetischen Angriff» auf die Ukraine gesprochen. Damit meinte er die Rückeroberung der von den Nazis besetzten ukrainischen Territorien durch die Rote Armee.

Das dritte Gesetz schneidet jede gesellschaftspolitische Debatte über eine Lustration in der Ukraine ab. Natürlich erscheint es wünschenswert, dass die Akten der Geheimdienste, die in der Ukraine tätig waren, zugänglich sind. Gleichzeitig ist auch das gesellschaftliche Schadenspotenzial einer unkontrollierten Öffnung der Archive nur 24 Jahre nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft enorm. Diffamierungen und Rufmorde sind nicht ausgeschlossen, wenn aus dem Zusammenhang gerissene Namen von Informanten oder Spitzeln publiziert werden. Problematisch ist schliesslich, dass sich das konservative «Institut für nationale Erinnerung» zum einzigen Gralshüter der Archivbestände erklärt hat. Hier besteht die Gefahr, dass die wissenschaftliche Erforschung der politischen Repression in der Ukraine nur die offizielle Selbstviktimsierung bestätigen

wird.

Das vierte Gesetz hat die weitreichendsten Folgen. Die Website des «Instituts für nationale Erinnerung» listet über 900 Dörfer und Ortschaften auf, die umbenannt werden müssen. Die nicht mehr zulässigen Namen von Stadtbezirken, Metrostationen und Strassen gehen in die Tausende. Sogar zwei Städte können ihren Namen nicht mehr behalten: Dnipropetrowsk (990 000 Einwohner) und Kirowohrad (240 000 Einwohner). Die Absurdität des Gesetzes zeigt sich in vollem Ausmass im Vorhaben, die Stadt Dnipropetrowsk in Dnipropetrowsk umzubenennen. Die Stadt wurde von Zarin Katharina der Grossen als Jekaterinoslaw gegründet, seit 1926 heisst sie zum Gedenken an den Parteifunktionär Grigori Petrowski Dnipropetrowsk. Die Befürworter des neuen alten Stadtnamens Dnipropetrowsk möchten einfach den Namenspatron der Stadt austauschen: Statt auf einen relativ unbekanntem Bolschewiken soll man sich nun auf den Apostel Petrus beziehen. Diese Volte wird auch architekturhistorisch begründet: Katharinas Favorit Fürst Potjomkin habe die Verklärungskirche in Jekaterinoslaw nach dem Vorbild der Petersbasilika im Vatikan bauen lassen.

Komplexe Geschichte

Gerade in der gegenwärtigen Situation ist es gefährlich, eine nationalistische Geschichtsversion zur einzigen Wahrheit zu erklären. Die Ukraine verfügt über eine komplexe Geschichte, die in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich interpretiert wird. Viele Vertreter der älteren Generation bezeichnen sich im Osten des Landes immer noch als Sowjetbürger. Sie sehen sich zwischen Stolz und Wut als Teil des untergegangenen Imperiums.

Man kann sich leicht vorstellen, welche gesellschaftlichen Flurschäden die kulturpolitischen Gewaltmassnahmen hinterlassen werden. Es gibt jedenfalls dringendere Aufgaben für die Ukraine als die «Dekommunisierung». Sie sollte sich darauf konzentrieren, ihre Zukunft zu gestalten statt ihre Vergangenheit zu entsorgen.